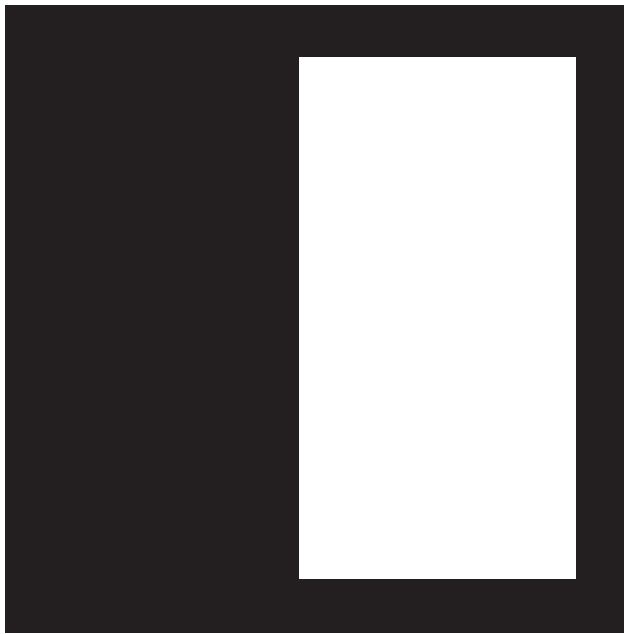


# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



TEUERUNG UND EINKOMMEN

AKTUELLES

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

3 | April 2011

<b>Teuerung und Einkommen</b>	
Steigende Inflation	4
Armutsfalle Energie	6
Energieverteuerung bremst Konjunkturerholung	9
Auswirkungen der Ölpreissteigerung auf die Haushalte	11
10-Jahres-Bilanz der Lohnentwicklung in Deutschland	16
Leben am Limit	18
<b>Aktuelles</b>	
Let's organize	20
EU-Vorhaben im Sozial- und im Bildungsbereich	22
Verstärkte Anstrengungen gegen Menschenhandel	25
Schwerpunkt Soziallehre	27
<b>Buchtipps</b>	28
<b>Veranstaltungen</b>	31

## Teuerung trifft Arme

*Im Schatten weltpolitischer Ereignisse von gravierender Bedeutung (Nordafrika), teils bedrohlichen Ausmaßen (Japan) und jeweils ungewissem Ausgang vollzog sich in unseren Breiten zuletzt eine Entwicklung, die zwar weniger dramatisch ist, aber gleichfalls die Gemüter erregt: nämlich eine stetig steigende Inflation. Zuletzt, im März 2011, lag die Teuerung hierzulande bei 3,1 Prozent, dem höchsten Wert seit Oktober 2008. Sie war somit gleich hoch wie in der gesamten EU und geringfügig niedriger als in der Euro-Zone. Hauptverantwortlich dafür waren die gestiegenen Rohstoffpreise, vor allem bei Mineralölprodukten (+22%), aber auch bei Nahrungsmitteln, hier insbesondere bei Kaffee (+20%). Fachleute sehen - wenig überraschend - einen Zusammenhang zwischen der Ölpreisentwicklung und den politischen Ereignissen im arabischen Raum und sprechen von einer großteils "importierten Inflation". Ein Teil der Teuerung ist aber auch "hausgemacht", zumal mit Jahresbeginn die Mineralöl- und die Tabaksteuer deutlich angehoben wurden. Dass sich der Ölpreis mit einer Beruhigung der Lage in Nordafrika wieder stabilisieren wird, ist nicht unbedingt zu erwarten, da die globale Erdölproduktion seit Jahren stagniert und möglicherweise in den nächsten Jahren zu sinken beginnen könnte ("Peak Oil"; vgl. Beitrag, S. 11).*

*ÖkonomInnen bewerten die Inflation unterschiedlich, viele können darin auch Vorteile erblicken: Der neuseeländische Ökonom William Phillips zeigte bereits in den 1950er Jahren am Beispiel Großbritanniens, dass Zeiten hoher Inflation in der Regel mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit einhergehen. Erklärt wird das in erster Linie damit, dass bei steigenden Preisen die Reallöhne sinken und die Unternehmen daher mehr Leute einstellen, was sich in der Folge positiv auf den gesamtgesellschaftlichen Konsum auswirkt. Als Reaktion auf die Geldentwertung fordern ArbeitnehmervertreterInnen höhere Löhne, die in weiterer Folge den individuellen Kaufkraftverlust kompensieren. Unter dem Aspekt gesellschaftlicher Umverteilung wird ins Treffen geführt, dass Inflation den SchuldnerInnen nützt und den GläubigerInnen schadet. Da Ärmere oft verschuldet sind, würden sie insofern von der Teuerung profitieren, wird argumentiert (vgl. Der Standard, 01.03.2011).*

*Andererseits sind ärmere Bevölkerungsschichten mit einer Reihe von Nachteilen konfrontiert: So steigen Transferleistungen wie Arbeitslosen- oder Pflegegeld im Allgemeinen nicht automatisch mit der Inflation an, es kommt deshalb zu Einbußen beim verfügbaren Einkommen der BezieherInnen. Auch die Lohnentwicklung vollzieht sich nur verzögert, die - noch offenen - Ergebnisse der diesjährigen Lohnverhandlungen etwa werden für die ArbeitnehmerInnen frühestens mit 1. Jänner 2012 spürbar. Zwar stimmt es, dass steigende Löhne die Inflation stimulieren, doch sind es - wie gegenwärtig - zuerst einmal die Preise, die davonziehen, und es ist die Einkommensentwicklung, die regelmäßig nachhinkt.*

*Wie stark jemand von der Teuerung konkret betroffen ist, hängt natürlich von der persönlichen Ausgabenstruktur ab. Während vermögende Haushalte rund ein Viertel ihrer Ausgaben für Lebensmittel und Wohnen aufwenden, geben Haushalte mit wenig Geld knapp zwei Drittel dafür aus (vgl. Beitrag Friedl, S. 6). "Entscheidend sind die Preise für Lebensmittel, Energie und die Mieten", so der Inflationforscher Hans Wolfgang Brachinger im Interview mit der Badischen Zeitung (02.10.2010). Genau diese Güter haben sich zuletzt stark verteuert, wie sich am so genannten Miniwarenkorb ablesen lässt, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält: Dieser stieg im Jahresvergleich um 7,3 Prozent.*

*Angesichts dieser Entwicklung den Kopf in den Sand zu stecken, wäre wohl verfehlt. Da die KlientInnen der Caritas bereits über 40 Prozent fürs Wohnen ausgeben, fordert diese die Schaffung von günstigem Wohnraum (vgl. Beitrag, S. 18). Zur Vermeidung von Energiearmut bedarf es vor allem des Austauschs von alten Haushaltsgeräten und Heizungssystemen sowie der Sanierung von Wohngebäuden, wobei auch Vermieter und Wohnbauträger in die Pflicht zu nehmen sind. Und der Ökonom Hans W. Brachinger fordert die Koppelung des im Rahmen von Transferleistungen gewährten Existenzminimums an die Inflation. Sinnvoll wäre seines Erachtens ebenso die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, dessen Höhe gleichfalls laufend an die Teuerung angepasst wird; alles Vorschläge, die bedenkenswert erscheinen, meint*

*Ihre  
Kontraste-Redaktion*

## Steigende Inflation

Die Inflation in Österreich steigt gegenwärtig deutlich an. Dazu kommt noch, dass die Lohn- und Gehaltsabschlüsse sowie die Sparzinsen sehr niedrig sind – das bedeutet, dass das Geld immer weniger wert wird bzw. dass man sich um gleiche Geld weniger leisten kann.

“Alles wird teurer” – diese Aussage hat laut Finanz-Journal.at im Jahr 2011 noch mehr Berechtigung als die Jahre zuvor. Die Inflation in Österreich wird anhand des Warenkorb gemessen. Seit vielen Jahren wird über die Zusammensetzung des Warenkorb diskutiert, da der Verdacht im Raum steht, dass man über den Warenkorb versucht, die reale Teuerung zu vertuschen.

Die Inflation wird über den Verbraucherpreisindex (VPI) errechnet. Dabei erhebt die staatliche Statistik Austria Monat für Monat Preise von 791 Waren (insgesamt kommt die Statistik Austria auf fast 40.000 unterschiedliche Preise). Die 791 Waren werden in 12 verschiedene Hauptgruppen eingeteilt und werden auf Basis einer Konsumerhebung von 6.500 Haushalten gewichtet. Typische Hauptgruppen mit ihrer Gewichtung am Warenkorb sind z.B.

- Freizeit & Kultur (12,3%)
- Wohnen, Energie, Wasser (18,65%)
- Restaurant & Hotels (8,72%)
- Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (12,01%)

Diese Übersicht wirft natürlich die Frage auf, warum Restaurant & Hotels bzw. Freizeit & Kultur etwa im Vergleich zu den Grundnahrungsmitteln eine relativ hohe Gewichtung haben. Die ärmsten ÖsterreicherInnen werden sich diese Dinge kaum leisten können oder wollen.

Der Warenkorb wird Jahr für Jahr neu an das aktuelle Konsumverhalten angepasst. So findet man auch Computer, Fernreisen etc. darin. 2011 wurden Navigationsgeräte, Holzpellets und die 24-Stunden-Hilfe neu in die Statistik aufgenommen, dafür wurden der Hüttenkoks, Kaffeefiltertüten und die Dauerwelle aus der Inflationsberechnung entfernt.

### Aktuelle Preisentwicklung

Mit dem Jänner-Inflationswert von 2,4 Prozent erreichte die Inflation in Österreich den höchsten Wert seit Oktober 2008. Damals waren allerdings die Sparzinsen deutlich höher. Damit findet im Moment eine langsam beginnende Geldentwertung statt. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei der aktuellen Inflation um eine importierte Inflation handelt. Das bedeutet, dass die Teuerung durch Produkte getrieben wird, die nach Österreich importiert werden müssen, denn die Inflationstreiber sind gegenwärtig vor allem im Bereich Energie zu finden. Energie in Form von Strom, Heizen und Treibstoffe sind jene Komponenten in der Inflationsberechnung, welche die ÖsterreicherInnen im Moment am meisten belasten. Dass die tatsächliche Inflation weitaus höher sein dürfte, zeigt der Umstand, was auf die 2,4 Prozent Inflation dämpfend gewirkt hat: Handy-Gesprächsgebühren wurden um 15 Prozent, Damenblusen um 12, Städteflüge um

### Wichtigste Preisänderungen im Februar 2011 gegenüber Vorjahr

Indexposition	Veränderung gegenüber Februar 2010 (+/- %)	Einfluss auf Veränderung (+/- Prozentpunkte)
<b>Preistreiber</b>		
Dieseltreibstoff	26,7	0,465
Superbenzin	17,4	0,220
Heizöl extra leicht/Großabnahme	30,3	0,195
Zigaretten	7,9	0,139
Wohnungsmiete (alle Kategorien)	2,6	0,103
<b>Preissenker</b>		
Mobiltelefon, Gesprächsentgelt	-14,8	-0,121
Städteflug	-11,6	-0,061
Damenbluse	-8,3	-0,049
Flugticket	-2,1	-0,026
Wahlarzt (Zahnarzt)	-2,3	-0,026

Quelle: Statistik Austria

### Was versteht man unter Inflation – und was bewirkt sie?

Unter "Inflation" versteht man die Geldentwertung – oder anders ausgedrückt – den Anstieg des Preisniveaus. Eine Inflation liegt vor, wenn man für ein und dasselbe Produkt im heurigen Jahr mehr bezahlen muss als im vorigen bzw. wenn das Produkt teurer geworden ist. Die Auswirkung der Inflation ist, dass man sich für gleiches Geld weniger leisten kann. Das Gegenteil der Inflation ist die Deflation. Dann muss man für ein Produkt weniger bezahlen als im Vorjahr.

Gemessen wird die Inflation mit dem Verbraucherpreisindex (VPI). Während eines Zeitraumes von vier Jahren werden ausgewählte BürgerInnen dazu aufgefordert, Ausgaben des Warenkorb aufzuzeichnen. Die Produkte, die in den Warenkorb fallen, werden von der Statistik Austria bestimmt. Auf Grundlage dieses Warenkorbes wird mittels eines Vergleichs zum Vorjahr die Inflationsrate in Prozent ermittelt.

Neben dem Verbraucherpreisindex gibt es auch Indizes, welche die Preisentwicklungen auf vorgelagerten Produktions- und Verteilungsstufen einer Volkswirtschaft abbilden (z.B. den Index der Großhandelspreise GHPI). Einem Index liegt als Basiswert immer die Zahl 100 zugrunde. Im Falle des österreichischen VPI wurde dem Warenkorb

im Basisjahr 2005 der Indexwert 100 zugewiesen. Alle fünf Jahre wird dieser Warenkorb, den ein durchschnittlicher privater Haushalt konsumiert, von der Statistik Austria aktualisiert.

Eine hohe Inflationsrate hat den Effekt, dass Geld schneller an Wert verliert als beispielsweise Immobilien, Aktien oder andere Anlagegüter. Zumeist werden Löhne nicht sofort oder auch nicht in gleichem Maße an die Inflation angepasst – sie müssen ja erst von den Gewerkschaften ausgehandelt werden –, sodass sich das wirtschaftliche Gleichgewicht verschiebt. Das Realeinkommen sinkt, da man sich um das verdiente Geld weniger kaufen kann. Betroffen sind insbesondere NiedriglohneempfängerInnen mit einer hohen Konsumquote. Auch Menschen mit Sparguthaben auf Sparbüchern, mit Vermögen auf Taggeldkonten oder die Renditen aus festverzinslichen Wertpapieren aus Unternehmens- oder Staatsanleihen empfangen, sind von der Inflation betroffen, da diese die Wertbestände verringert. Die einzigen, für die sich eine hohe Inflation lohnt, sind Schuldner, indirekt somit auch der Staat, da durch eine hohe Inflation die Schulden an Wert verlieren. Andererseits führen sinkende Reallöhne gegebenenfalls zu Konsumverzicht, was weder im Interesse des Staates (Konsumsteuern) noch der Realwirtschaft liegt.

8 und Flachbildfernseher um 7 Prozent billiger. Da sind einige Dinge dabei (insbesondere die beiden letztgenannten Punkte), die sich nicht jede/r leisten will oder kann. Energie ist jedoch etwas, was jeden betrifft, so das Finanz-Journal, und sei es nur für den Haushalt, um die Wohnung warm zu halten und abends Licht zu haben.

Die Teuerung setzte sich im Februar fort. Die Inflationsrate betrug in diesem Monat nach Berechnungen der Statistik Austria 3,0 Prozent. Hauptverantwortlich dafür waren neuerliche starke Preisanstiege bei Treibstoffen und Heizöl (+22% beziehungsweise +30% im Jahresabstand; Einfluss auf die Inflationsrate insgesamt +0,94 Prozentpunkte). Nahrungsmittel verteuerten sich ebenfalls deutlich (insgesamt +4,2%). Ohne Mineralölprodukte hätte die Inflationsrate 2,1 Prozent betragen, ohne Mineralölprodukte und Nahrungsmittel 1,7 Prozent.

### Massive Teuerung bei manchen Lebensmitteln

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbes, der hauptsächlich Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf repräsentieren soll, stieg im Februar um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Das Preisniveau des Miniwarenkorbes, der die Güter des wöchentlichen Einkaufs abbildet und neben ausgewählten Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch die Treibstoffe enthält, erhöhte sich im Jahresvergleich um 7,2 Prozent.

Dass die Preise für Lebensmittel zuletzt massiv angestiegen sind, zeigt auch das Ergebnis des aktuellen AK-Preismonitoring. Die AK erhebt regelmäßig die Grundpreise (etwa für ein Kilogramm oder einen Liter) für einen Einkaufskorb mit den 41 preiswertesten Gütern des täglichen Bedarfs – von Lebensmitteln über Kosmetika bis zu Reinigungsmitteln – bei acht Wiener

Supermärkten und Diskontern. Im letzten Halbjahr, also im Zeitraum von September 2010 bis März 2011, zeigt sich bei einigen Produkten eine deutliche Preissteigerung. So sind die Preise von Mehl um 69 Prozent, von Erdäpfeln um 34 Prozent, von Bohnenkaffee um 20,4 Prozent, von Mischbrot um 9,6 Prozent und von Reis um sieben Prozent angestiegen. Einige Lebensmittel wurden auch billiger. So sanken die Preise für Zahnpasten um 36 Prozent, für Haarshampoo um rund 14 Prozent, für Teigwaren um rund 12 Prozent und für Tomaten um rund 11 Prozent. Der durchschnittliche Preis des gesamten AK-Warenkorbes ist in den vergangenen sechs Monaten um knapp acht Prozent gestiegen, die Steigerungsrate des Gesamt-Verbraucherpreisindex lag in diesem Zeitraum hingegen nur bei 1,5 Prozent. AK-Präsident Herbert Tumpel dazu: „Wer weniger Geld hat, für den oder die zählt jeder Cent. Und jetzt kostet ein 44-Euro-Einkaufskorb fast 3 Euro 50 mehr als noch vor einem halben Jahr. Das ist heftig!“

## Armutsfalle Energie

**Wohnkosten und speziell Ausgaben für Energie stellen ein nicht unwesentliches Problem für Personen der unteren Einkommensschicht dar. Steigende Energiepreise für Strom und Heizen belasten das Haushaltsbudget und verringern die Kaufkraft zur Befriedigung anderer Grundbedürfnisse. Um einkommensschwache Haushalte von den hohen Energiekosten zu entlasten, werden Maßnahmen auf nationaler Ebene notwendig. Allerdings scheint das Problem der Energiearmut meist nur ein akademisches zu sein – in Österreich hat es auf der politischen Agenda bisher nur wenig Platz gefunden.**

Wohnen stellt nicht nur ein existenzielles und soziales Grundbedürfnis dar, sondern ist auch Voraussetzung für einen Arbeitsplatz und damit verbunden mit einem geregelten Einkommen. Eine angemessene Lebensqualität setzt aber nicht nur die Befriedigung der Grundbedürfnisse voraus, sondern auch einen adäquaten und leistbaren Zugang zu Energie. Vor allem Personen der unteren Einkommensschicht spüren den

## Maßnahmen gegen die Teuerung gefordert

Die Arbeiterkammer fordert die Regierung dazu auf, „Maßnahmen gegen die Teuerung einzuleiten, bevor sie noch schlimmer wird.“ Konkret verlangt die AK, die Preissteigerungen zu kontrollieren: Steigen bei uns Grundnahrungsmittelpreise, müsse der Wirtschaftsminister prüfen lassen, ob es für die Preissteigerungen rechtfertigende Gründe gibt und ob sie stärker als in vergleichbaren Nachbarländern ausfallen; das heißt, ob es einen „Österreich-Aufschlag“ gibt. Weiters müsse den preistreibenden Spekulanten der Kampf angesagt werden – vor allem auf EU-Ebene soll sich hier die Regierung einsetzen. Und die Sprit-Preisbildung am Rotterdamer Markt muss nach Meinung der AK von der EU-Kommission überprüft werden. [hs]

*Quellen: Pressemitteilung der Statistik Austria, 16.03.2011; Finanz-Journal.at, 01.04.2011; www.talk-teria.de, 01.04.2011; www.arbeiterkammer.at, 07.04.2011; help.orf.at, 08.04.2011*

Anstieg der Energiekosten am deutlichsten. Deren Anteil an den Wohnkosten ist überdurchschnittlich hoch, womit diese Haushalte als „energiearm“ bezeichnet werden können. Grundsätzlich schlittern Haushalte zwar nicht wegen hoher Ausgaben für Energie wie Heizen und Strom in die Armutsfalle. Allerdings sind geeignete Maßnahmen notwendig, um die Energiepreissteigerungen abzufedern und arme beziehungsweise armutsgefährdete Haushalte zu entlasten.

## Was versteht man unter Energiearmut?

Gegenwärtig liegt die Armutgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt laut EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) bei einem äquivalisierten Einkommen von 994 Euro pro Monat beziehungsweise 11.932 Euro pro Jahr (vgl. BMASK 2010). Insgesamt sind zwölf Prozent der Bevölkerung und somit rund eine Million Menschen von Armut betroffen. Davon kann die Hälfte als manifest arm bezeichnet werden, was bedeutet, dass diese Personen an einem Einkommensmangel leiden und finanziell depriviert sind. Finanzielle Deprivation ist unter anderem dann gegeben, wenn Personen nicht in der Lage sind, ihre Wohnung angemessen warm zu halten oder regelmäßige Zahlungen (wie Miete und Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung sind in Österreich 237.000

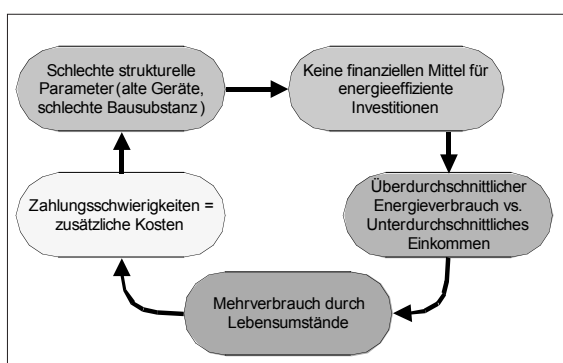
Personen nicht in der Lage, ihre Wohnungen oder Häuser angemessen zu heizen (vgl. BMASK 2010).

Bei jenen Haushalten, die von erhöhten Energiepreisen und mangelnder Energieeffizienz besonders betroffen sind, kann von Energiearmut gesprochen werden. In Großbritannien steht die Bekämpfung der „fuel poverty“ oder „energy poverty“ genannten Problematik schon seit über einem Jahrzehnt auf der politischen Tagesordnung. Energiearmut ist laut angelsächsischer Definition dann gegeben, wenn ein Haushalt mehr als zehn Prozent seines Haushaltseinkommens für Strom und Wärme ausgibt und darüber hinaus nicht in der Lage ist, die Wohnräume angemessen zu beheizen (vgl. Boardman 2010). Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt eine angenehme beziehungsweise angemessene Raumtemperatur bei rund 21 Grad Celsius für Haupt-Wohnräume und 18 Grad Celsius für andere bewohnte Zimmer (vgl. Department of Energy and Climate Change: <http://web.archive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.berr.gov.uk//energy/fuel-poverty/index.html>).

### Ursachen

Als Hauptursachen für die Entstehung von Energiearmut wird in der einschlägigen Literatur (vgl. Boardman 1991, 2010) neben den hohen Energiepreisen und dem geringen Haushaltseinkommen die mangelnde Energieeffizienz in den Haushalten genannt. Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren ergibt sich für die betroffenen Haushalte ein besonderer Kreislauf, der es schwierig macht, diesem Problem gezielt entgegenzuwirken (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Determinierende Faktoren von Energiearmut



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Proidl 2009

Da von Energiearmut betroffene Personen oftmals in kostengünstigen, aber unsanierten, energieineffizienten Wohnungen leben, haben sie relativ wenig Einfluss auf ihren Energieverbrauch und somit auf die Energiekosten. Hinzu kommt, dass Haushalte mit geringem Einkommen aufgrund der Lebensumstände häufig einen Mehrverbrauch aufweisen, da sich deren Bewohner beispielsweise durch Arbeitslosigkeit öfters in der Wohnung aufhalten (vgl. Forum Nachhaltiges Österreich 2008). Darüber hinaus müssen Personen der unteren Einkommensschicht oft Abschaltungen von Strom und Gas in Kauf nehmen, da sie ihre Rechnungen nicht mehr begleichen können. Hier belasten zusätzliche Kosten wie Mahngebühren und Ab- und Anschaltung von Zählern, die mit einer Abschaltung von Strom oder Wärme verbunden sind (vgl. Proidl 2009). Eine mögliche Lösung für diese Probleme wäre die Investition in energiesparende und effiziente Maßnahmen, die sich langfristig amortisieren, wie zum Beispiel eine Gebäudesanierung oder ein Geräte austausch. Den betroffenen Haushalten fehlen aber zum einen die finanziellen Ressourcen, zum anderen teilweise die relevanten Informationen.

### Energiekosten

Unter Energiekosten werden jene Kosten verstanden, die für Heizen und für Elektrizität aufgewendet werden. Haushalte mit geringem Einkommen sind überdurchschnittlich von Energiepreisanstiegen betroffen und weisen höhere Energiekostenanteile an den Gesamtausgaben auf.

Im Jahr 2005 wurden in Österreich durchschnittlich 805 Euro pro Monat für Wohnraum, Energie und Wohnungsausstattung ausgegeben (vgl. Statistik Austria 2005, Konsumerhebung 2004/2005). Auf den ersten Blick machen die Energiekosten mit 4,7 Prozent nur einen vergleichsweise geringen Teil der monatlichen Ausgaben aus. Mit durchschnittlich 128 Euro pro Monat betragen sie aber immerhin rund ein Viertel der durchschnittlichen Wohnkosten von 502 Euro.

Während Haushalte der höchsten Ausgabenstufe in etwa ein Viertel ihrer äquivalisierten Verbrauchsausgaben für Lebensmittel und Wohnen aufwenden, geben jene in der niedrigsten Ausgabenstufe beinahe zwei Drittel dafür aus. Das unterste Haushaltsviertel hat dabei Kosten von 34 Prozent für Wohnen und Energie (ohne Wohnungsausstattung) zu tragen.

Aufgrund der Belastung der einkommensschwachen Haushalte mit den zunehmend steigenden Energiepreisen sind Maßnahmen notwendig, um der Energiearmut entgegenzuwirken.

### Maßnahmen zur Verringerung von Energiearmut

Auf europäischer Ebene bestehen in unterschiedlichen Programmen und Richtlinien Intentionen, um eine Senkung des Energieverbrauchs, eine Erhöhung der Energieeffizienz und die Verringerung von Energiearmut herbeizuführen. Hier sollen im Sinne des Verbraucherschutzes besonders verletzbare Kunden (*vulnerable costumers*) geschützt werden, um deren Ausschluss von der Energieversorgung zu vermeiden. Im angelsächsischen Bereich, zum Beispiel in Großbritannien und Irland, existieren seit zehn Jahren statistische Erfassungen sowie eine Strategie und darin eingebettete Maßnahmen gegen Energiearmut. Großbritannien hat im Jahr 2001 als einer der ersten Staaten weltweit eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut (*fuel poverty*) entwickelt, welche seither stetig vorangetrieben wird. Als Zielsetzung im Rahmen der *Fuel Poverty Strategy* steht die Bekämpfung von Energiearmut im Vordergrund, bis zum Jahr 2018 soll kein Haushalt mehr von Energiearmut betroffen sein (vgl. Department of Energy and Climate Change 2009).

Wie sieht es in Österreich mit Strategien zur Bekämpfung von Energiearmut aus? Zwar werden einige Maßnahmen und Projekte in diesem Bereich durchgeführt, dennoch existiert kein spezifisches Programm – weder in Österreich noch in Oberösterreich –, um dieser Problematik gezielt entgegenzuwirken. Auf nationaler Ebene werden bereits einige Projekte mit Versuchscharakter initiiert, die als erste Schritte zur Bekämpfung von Energiearmut gesehen werden können. Dazu zählen der Austausch von alten Haushaltsgeräten und Heizungssystemen, die Sanierung von Wohngebäuden oder Beratungsangebote speziell für einkommensschwache Haushalte. Energieeinsparpotenziale sind – wie die Ergebnisse eines Pilotprojektes von E-Control und Caritas zeigen – in armen Haushalten vorhanden und können auch mit geringen finanziellen Mitteln im eigenen Wirkungsbereich umgesetzt werden. Oftmals herrscht speziell in Hinblick auf schlechte Gebäudestandards eine Nutzer-Vermieter-Problematik, da Energieeinsparpotenziale außerhalb des Wirkungsbereichs der Mieter liegen. Die Verantwortung, thermische Sanierungsarbeiten oder den Austausch des Heizungssystems durchzuführen, liegt bei den Vermietern, Hausverwaltungen und Wohnbauträgern.

Energieberatungstools sind meist auf mittlere bis höhere Einkommensgruppen ausgerichtet. Um eine Sensibilisierung von unteren Einkommenschichten

für energierelevante Themen zu erreichen, wird ein individuelles Beratungskonzept notwendig. Persönliche Energieberatungen scheinen nach Ergebnissen des Pilotprojekts von Proidl 2009 ein geeignetes Tool, um auf individuelle Problemstellungen einzugehen und Handlungsbewusstsein im Umgang mit Energie zu schaffen. Solche Beratungen bieten nicht nur Sensibilisierungskomponenten, sondern auch Tipps zum Energiesparen.

### Fazit

Die Belastung armutsgefährdeter Haushalte mit Energiekosten ist mittlerweile evident, doch fehlt auf nationaler Ebene eine kohärente Strategie, um die Energiearmut zu verringern. Die Betrachtung von unterschiedlichen Good Practice-Beispielen im europäischen Kontext zeigt, dass Energieberatung speziell für einkommensschwache Haushalte als sinnvoller Ansatz gesehen werden kann, um erste Schritte zur Eindämmung von Energiearmut zu setzen. Die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Akteuren stellt eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Maßnahmen dar: Nur durch die Kooperation aller Verantwortlichen ist ein Zugang zu einkommensschwachen Haushalten möglich, um hier in der Folge notwendige Beratungen durchzuführen.

Christina Friedl

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Energieinstitut an der JKU Linz und beschäftigt sich im Rahmen ihrer Dissertation mit dem Thema Energiearmut in privaten Haushalten. Kontakt: friedl@energieinstitut-linz.at

### Quellen

- Boardman, B. (2010) Fixing Fuel poverty. Challenges and Solutions. Earthscan. London [u.a.].
- BMASK (2010) Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2009. Statistik Austria im Auftrag des BMASK. Sozialpolitische Studienreihe Band 5. Wien.
- Proidl, H. (2009) E-Control & Caritas – Pilotprojekt. Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten. Endbericht. E-Control GmbH. Wien.
- DECC – Department of Energy & Climate Change (2009) The UK Fuel Poverty Strategy. 7th Annual Progress Report 2009.
- Forum Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2008) Trendreport 01. Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung. Wien.
- Statistik Austria (2006) Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005. Wien.



## Energieverteuerung bremst Konjunkturerholung

Der Aufschwung von Export und Sachgütererzeugung trägt die Konjunkturerholung in Österreich, analysiert das WIFO. Im IV. Quartal des Vorjahres stieg das BIP gegenüber dem Vorquartal real um 0,8 Prozent und gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent. Die Investitionstätigkeit beginnt sich zu beleben, allerdings nicht in der Bauwirtschaft. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wächst zwar stetig, aber mäßig. Getragen von der guten Industriekonjunktur sinkt die Arbeitslosigkeit weiter langsam. Der Anstieg der Verbraucherpreise belebt sich aufgrund des markanten Auftriebs der Energiepreise; deshalb gehen die Reallöhne pro Kopf merklich zurück.

Die Erholung der österreichischen Exportwirtschaft aus der Rezession kommt weiter rasch voran. Im Dezember 2010 lag der Produktionsindex der Sachgütererzeugung saisonbereinigt um 12 Prozent über dem Tiefstand vom Mai 2009. Damit wurden fast vier Fünftel des Produktionsrückgangs seit Herbst 2008 wettgemacht. Gemäß den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests vom Februar, einer monatlichen Befragung von rund 1.500 Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage, dürfte der momentane Aufwärtstrend anhalten: Die Produktionserwartungen der Unternehmen befinden sich auf hohem Niveau, sie verbesserten sich zu Jahresbeginn neuerlich auf einen Saldo von +21 Prozentpunkten; Auftragseingänge und Einschätzung der Geschäftslage in sechs Monaten spiegeln die positive Stimmung wider.

### Nur verhaltene Erholung im Euroraum

Den Motor für die gute Industriekonjunktur bildet ein kräftiger Aufschwung in den asia-

tischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. Deren Einfuhr treibt den Welthandel an, sein Volumen lag im IV. Quartal 2010 saisonbereinigt real um 2,6 Prozent über dem Wert des Vorquartals und um 11,3 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Die österreichische Exportwirtschaft profitiert von der Weltkonjunktur überwiegend über Zulieferbeziehungen zur weltmarktorientierten deutschen Wirtschaft. In Deutschland expandiert das BIP kräftig, das zieht die Konjunktur einer Gruppe von industrieorientierten EU-Ländern mit. Hingegen verharren EU-Länder mit anhaltenden Strukturproblemen und besonders restriktiver Budgetpolitik in der Rezession. Im Durchschnitt des Euro-Raumes kommt die Erholung nur verhalten voran.

Der österreichische Güterexport expandierte im IV. Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal um 1,0 Prozent und lag damit saisonbereinigt um 23 Prozent über dem Tiefstand vom II. Quartal 2009. Aufgrund des Anstiegs des Exports und der wachsenden Auslastung in der Sachgütererzeugung beleben sich allmählich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Hingegen geben die Bauinvestitionen weiter nach, auch wegen der Einsparungen der Bundesländer im Wohnbau.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nahm in Österreich auch in der Rezession leicht zu und trug damit wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur bei. Nun setzt sich ihr mäßiges Wachstum fort, im IV.

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes Veränderung gegen das Vorjahr (Vorquartal) in %



Quartal war sie real um 0,2 Prozent höher als im Vorquartal und um 0,7 Prozent höher als im Vorjahr. Dazu trug vor allem der Anstieg der Beschäftigung bei: Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war im Februar 2011 laut vorläufigen Schätzungen mit 3,2 Mio. um etwa 64.000 höher als im Vorjahr. Neben der stetigen Ausweitung des Stellenangebotes in den Dienstleistungsbranchen war dafür auch die Erholung der Industriebeschäftigung maßgebend. Die Zahl der Arbeitslosen ging zu Jahresbeginn weiter merklich zurück. Im Februar waren 292.000 Personen als arbeitslos registriert, um 21.000 weniger als im Vorjahr. Saisonbereinigt lag die Zahl der Arbeitslosen

bei 241.000, um 31.000 unter dem Höchstwert vom August 2009. Damit wurde allerdings erst weniger als die Hälfte des rezessionsbedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit wettgemacht.

**Kräftiger Auftrieb der Rohstoffpreise**

Die Schwäche der Erholung im Euro-Raum und die labile Lage des Finanzsystems galten bislang als größte Risiken der Konjunktur. Nun kommt der kräftige Auftrieb der Rohstoffpreise dazu. Anfang März kostete Rohöl der Sorte Brent über 110 US-Dollar je Barrel, ein Jahr zuvor noch knapp 80 Dollar. Auch die Notierungen von agrarischen und metallischen Rohstoffen

**Übersicht 1: Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	2009	2010	2009				2010	
			III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorquartal in %								
<i>Real, saison- und arbeitstägig bereinigt</i>								
Konsumausgaben insgesamt			+ 0,5	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Private Haushalte <sup>1)</sup>			+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Staat			+ 1,3	- 0,3	- 3,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Bruttoinvestitionen			- 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,8
Bruttoanlageinvestitionen			- 0,2	- 0,8	- 1,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,1
Ausrüstungen			- 1,6	- 1,0	- 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,2
Bauten			- 0,6	- 0,6	- 0,9	- 0,9	- 0,8	- 0,7
Exporte			+ 1,7	+ 2,7	+ 3,2	+ 4,2	+ 3,2	+ 1,2
Waren			+ 3,5	+ 2,5	+ 3,1	+ 6,6	+ 4,7	+ 1,0
Dienstleistungen			- 0,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4
Importe			+ 0,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,7	+ 0,8
Waren			+ 2,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,6
Dienstleistungen			- 1,8	- 0,2	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,4	+ 0,4
Bruttoinlandsprodukt			+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,8
Sachgütererzeugung			+ 2,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,9	+ 3,5	+ 1,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Real, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen</i>								
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,8	- 1,2	- 0,0	- 0,2
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,5	+ 3,2	- 1,1	+ 1,1	+ 0,7
Staat	+ 0,4	- 2,4	+ 1,2	- 0,1	- 2,0	- 1,7	- 3,3	- 2,6
Bruttoinvestitionen	- 12,7	+ 3,8	- 11,8	- 8,5	- 7,8	+ 6,1	+ 4,5	+ 9,6
Bruttoanlageinvestitionen	- 8,8	- 1,3	- 6,6	- 5,6	- 5,8	- 1,2	- 0,7	+ 1,5
Ausrüstungen	- 14,5	+ 1,8	- 13,1	- 12,0	- 6,1	+ 1,1	+ 3,5	+ 8,6
Bauten	- 6,0	- 3,4	- 3,6	- 1,6	- 5,5	- 2,5	- 3,4	- 3,0
Exporte	- 16,1	+ 10,8	- 15,6	- 7,5	+ 4,3	+ 13,6	+ 14,2	+ 11,5
Waren	- 18,6	+ 12,6	- 17,5	- 7,6	+ 5,0	+ 16,1	+ 16,5	+ 12,7
Dienstleistungen	- 9,5	+ 6,8	- 10,6	- 7,6	+ 2,6	+ 7,3	+ 8,8	+ 9,0
Importe	- 14,4	+ 9,2	- 12,5	- 9,6	+ 3,2	+ 10,7	+ 12,6	+ 10,3
Waren	- 15,3	+ 10,5	- 13,2	- 9,0	+ 4,5	+ 12,6	+ 14,0	+ 10,8
Dienstleistungen	- 10,7	+ 4,6	- 10,0	- 11,6	- 1,5	+ 3,6	+ 7,3	+ 8,5
Bruttoinlandsprodukt	- 3,9	+ 2,0	- 3,6	- 0,9	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,7
Sachgütererzeugung	- 14,3	+ 6,7	- 14,1	- 6,8	- 0,1	+ 9,3	+ 8,2	+ 8,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 3,1	+ 3,5	- 2,9	+ 0,0	+ 1,4	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,5

Q: WIFO. - <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

zogen auf den Weltmärkten kräftig an. Dies schlug bereits auf die Verbraucherebene durch: Im Jänner erreichte die Inflationsrate in Österreich 2,4 Prozent. Mehr als ein Drittel dieses Preisanstiegs ging auf die Verteuerung von Mineralölprodukten (Treibstoffe und Heizöl) zurück. Die Großhandelspreise lagen im Februar um 12,7 Prozent über dem Niveau des Vorjah-

res. Der Anstieg der Verbraucherpreise übertraf damit jenen der Tariflöhne bereits um 3/4 Prozentpunkte.

*Quelle: Presseinformation des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Markus Marterbauer), 09.03.2011*

## Auswirkungen der Ölpreissteigerung auf die Haushalte

**Die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) prognostiziert: Die Ölpreise werden mittelfristig weiter steigen. Besonders ÖlheizerInnen und KFZ-VielfahrerInnen werden von der Teuerung betroffen sein.**

„Auch wenn der aktuelle Anstieg der Ölpreise vorwiegend durch politische Ereignisse verstärkt wurde, die Preise für Heizöl und Treibstoffe werden auch nach einer Beruhigung der Lage in den arabischen Staaten mittelfristig weiter steigen“, mahnte Michael Cerveny, Energieexperte der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT), bei einer Pressekonzferenz in Linz.

„Wir sehen uns nicht nur dem Klimawandel gegenüber, sondern auch einer strukturellen Energiekrise, die die Welt in den nächsten Jahrzehnten grundlegend verändern wird“, so Cerveny. Die globale Erdölproduktion, die bereits seit Ende 2004 praktisch nicht mehr gesteigert werden konnte, dürfte in den nächsten Jahren stagnieren oder sogar zu sinken beginnen („Peak Oil“). Der Experte erwartet daher einen massiven Anstieg des Ölpreises – auch dann, wenn sich die Lage im arabischen Raum wieder beruhigt haben wird – und sieht sich mit seiner Meinung nicht allein: „Immer mehr gewichtige Stimmen, von der IEA<sup>1</sup> bis zu EU-Energiekommissar Öttinger, sehen die Gefahr einer Versorgungskrise am Erdölmarkt und damit einhergehend einer Preisexplosion als sehr real an“, beschrieb Cerveny die Situation.

### ÖGUT-Studie „ZERSiedelt“

In einer aktuellen Untersuchung der ÖGUT, die vom Klima- und Energiefonds gefördert wird, wurden die Auswirkungen hoher Ölpreise auf verschiedene Siedlungsstrukturen und Haushaltstypen analysiert. In

diesem Forschungsprojekt wurde angenommen, dass der Rohölpreis auf 200 Dollar pro Barrel (bbl) ansteigt und dabei der Euro-/Dollar-Wechselkurs beim Jahresmittelkurs 2010 von 1,33 bleibt. Ein Barrel Rohöl würde somit 150 Euro kosten. Zur Ermittlung der Korrelation zwischen Rohölpreis und den Netto-Energiepreisen wurden historische Daten (Wochen-, Monats-, Quartalspreise) von EIA,<sup>2</sup> Fachverband Mineralölindustrie, AEA<sup>3</sup> und E-Control herangezogen.<sup>4</sup>

### Preissteigerungen bei Mineralölprodukten

Für die Brutto-Preise von Diesel und Benzin (Eurosper) sowie für den Heizölpreis (Abnahmemenge über 2.000 Liter) lagen – ebenso wie für Rohöl – insgesamt jeweils 424 Wochenwerte (vom Oktober 2002 bis November 2010) vor, für den Heizölpreis ergab sich eine Zeitreihe seit Jänner 2004 mit insgesamt 361 Wochenwerten. Nach Abzug der jeweils geltenden Steuern und Abgaben konnten die Netto-Preise für die Endenergieträger dargestellt und zu Analyse Zwecken in einer Datenbank erfasst werden. Dabei zeigte sich deutlich die starke zeitliche Kongruenz der Preisentwicklungen (Abb. 1). Anschließend wurde die extrem hohe Korrelation (das Bestimmtheitsmaß  $R^2$ , das die direkte gemeinsame Varianz angibt, liegt jeweils zwischen 0,91 und 0,93) zwischen dem Rohölpreis (in Euro) und den Netto-Energiepreisen von Mineralölprodukten im Beobachtungszeitraum ermittelt. Für die Abschätzung der Nettopreise von Mineralölprodukten im „200 Dollar Szenario“ (= 150 Euro pro Barrel) wurde in der Folge eine lineare Trendextrapolation durchgeführt (Abb. 2). Diese ergab, dass die Preise um 80 bis 100 Cent pro Liter höher als bei einem Ölpreis von 70 Dollar (52 Euro/Barrel) liegen.

### Preissteigerungen bei Erdgas

Da keine durchgängige Zeitreihe für die in Österreich regional streuenden Erdgas-Haushaltsnettopreise vorhanden ist, wurden diese wie folgt näherungsweise ermittelt: Aus dem in einer Indexreihe seit 2001 vorliegenden Erdgasimportpreis (E-Control, 2010)

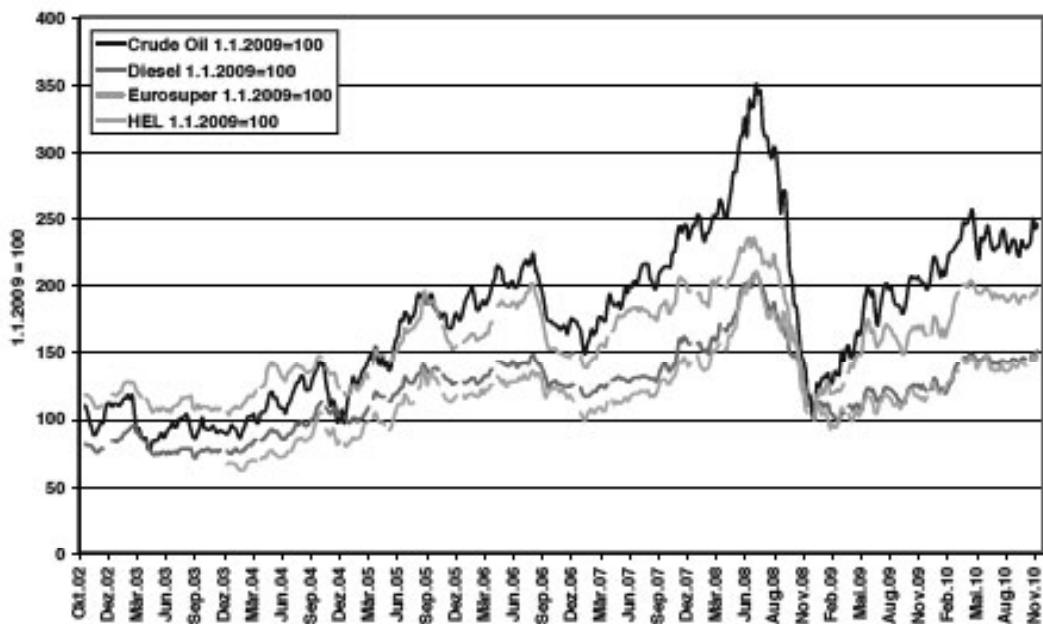


Abbildung 1: Zeitliche Entwicklung der Preise für Rohöl, Diesel, Benzin und Heizöl extra leicht, Basis Nettopreise, Wochenwerte. Quelle: eigene Darstellung

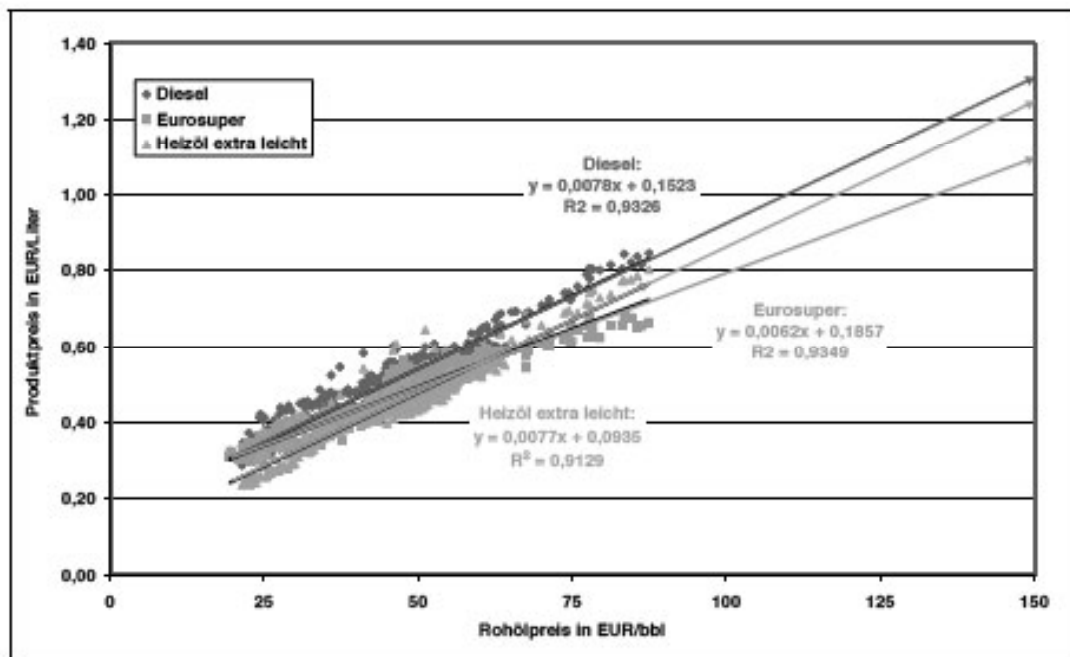


Abbildung 2: Rohölpreise und Nettopreise von Heizöl extraleicht, Diesel, Eurosuper und Trendextrapolation bis zum Wert von 150 € pro Barrel (= 200 \$) anhand einer Regressionsgeraden. Quelle: eigene Darstellung

wurde anhand einer Anzahl von Stützwerten eine Zeitreihe absoluter Werte gebildet. Insgesamt liegen 37 Werte vor und zwar jeweils für die Monate Jänner, April, Juli und Oktober zwischen 2001 und 2010. Für

die Rohölpreise wurden aus den oben beschriebenen Wochenwerten Monatswerte für jene Monate errechnet, für die Erdgasimportpreise vorlagen.











































